

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

199 (20.7.1919) Erstes Blatt

Bestandteile
in Karlsruhe frei im
Haus geliefert monatlich
1,00 Mk. Viertel-
jährlich 5,70 Mk. an
den Ansaßstellen ab-
geholt monatlich 1,30 Mk.
Auswärts durch
die Post frei in 8
Panz gebracht vier-
teljährlich 5,83 Mk. Ein-
zelnummer 10 Pf.

Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenzeitung

Badische Morgenpost

Chefredakteur: Oskar Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für den Rest: Carl Dörmann; für Interate Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung m. B. S., sämtliche in Karlsruhe. — Besteller: Dr. Kurt Seitz, Friedenau, Regelfstraße 65/66, Teleph.-Amt Uhlend 2902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erbitet, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 199.

Sonntag, den 20. Juli 1919

Erstes Blatt.

Industrie und Handel.

Von Dr. August Weber-Berlin.

Wiffell und von Möllendorf haben ihren Abschied genommen und fast durch die ganze deutsche Presse geht ein Aufatmen. Es ist begreiflich, daß viele Kreise im deutschen Wirtschaftsleben bei der Vermittlung aller Begriffe nach nunmehr fünfjähriger Kriegs- und Zwangswirtschaft den Wunsch haben, endlich Freiheit in vollem Umfange zu genießen. Die Stellungnahme des Kabinetts deutet ebenfalls auf befreiende Maßnahmen für den Handel hin und die Planwirtschaft des Herrn Wiffell scheint vorläufig begraben zu sein. Uns scheint in der Aufgabe der Kontrolle des Handels die größte Gefahr zu liegen, die unserer Wirtschaft drohen kann; denn gerade in der Frage der Ueberwachung der Einfuhr kulminieren die tiefen Gegensätze zwischen Handel und Industrie. Der Handel hat selbstverständlich den Wunsch sich zu betätigen. Er wird dort Geschäfte zu machen suchen, wo ihm dies mit Aussicht auf Gewinn nur irgendwie möglich ist. Er wird Rohstoffe einführen, wenn ihm dies gelingt, vermag er das nicht zu tun, so wird er sich auf Halb- und Fertigfabrikate werfen, sie einführen und damit den deutschen Markt einzuweilen versorgen. Ein großes Risiko wird der Handel in den nächsten Monaten nicht laufen, da er alles, was an Waren herankommt, unbedingt loswerden kann und wird; sind doch unsere Preise im Inland für absehbare Zeit höher als alle Auslandspreise. Man kann vom Handel noch langjähriger Ruhepausen nicht verlangen, daß er sich besondere Einschränkungen auferlegen wird. Bemeistert doch überhaupt die Entwicklung der Revolution in den ersten Monaten, daß im Reich z. B. jeder nur an sich selbst denkt und das Augenmaß für allgemeine Fragen noch mehr als in früheren Jahren verloren hat. Wie aber bei diesen offensichtlich vorliegenden Tendenzen des Handels die deutsche Industrie wieder in Gang gebracht werden soll, ist dunkel. Niemand hat sich bisher darüber ausgesprochen, wie bei völlig freier Einfuhr und bei vollkommen unbeschränkter Verteilung etwa herankommender Rohstoffe die Fabriken Deutschlands in Betrieb gesetzt und gehalten werden können. Während des ganzen Krieges und seit dem Tage des Waffenstillstandes hat Deutschland und haben insbesondere auch die Führer des deutschen Wirtschaftslebens ebenso wie die führenden Politiker sich in starkem Optimismus ergangen. Man hat auf Wilson vertraut, man hat geglaubt, der Friedensvorschlag der Entente sei nur ein Bluff und man hoffte fest, daß England und Amerika Interesse daran nehmen werden, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen. Amerikaner und Engländer zeigen sich jetzt nicht das geringste Interesse. Das beweist schon die Lebensmittelaufuhr, die uns nur Fertigfabrikate bringt, und die Einfuhr von Rohstoffen für unsere Landwirtschaft verweigert, wie z. B. von Mais und anderen Futtermitteln, so daß wir unsere Viehwirtschaft nicht anbauen können, und das in einem Augenblick, in dem Amerika in Mais geradezu erstickt. Ebenso denkt England gar nicht daran, uns Rohstoffe zu liefern; es liefert uns Fertigfabrikate. Beide Staaten, England und Amerika, wollen ihre eigenen Industrien beschützen. Wenn Deutschland wirtschaftlich ganz zugrunde geht, so haben diese beiden Staaten keinen Schaden, sondern die Kosten bezahlt nur Frankreich und England war nie sentimental. Unser Goldbestand spielt für unsere Einfuhr keine Rolle mehr. Was wir noch an Gold haben, reicht nicht im entferntesten aus, um nur die notwendigen Lebensmittel zu bezahlen. Das Gold, das unter solchen Bedingungen ins Ausland geht, ist endgültig verloren.

Das einzige Mittel, um uns die Unterlagen für unsere Lebenshaltung und für die Beschäftigung unserer Arbeiter zu geben, ist die umfangreiche Einfuhr von Rohstoffen, verbunden mit schneller und intensiver Verarbeitung derselben in Fabriken und die Aufnahme unseres Exporthandels. Hat nun schon unsere Regierung nicht den Mut, energische Maßnahmen zu ergreifen, um das notwendige und wichtigste im Lande, die Kohlenproduktion, zu fördern und über die Friedenshöhe hinaus zu bringen, so sollte sie nicht auch noch den zweiten Fehler begehen und durch unbeschränkte Einfuhr aller möglichen Fabrikate die Arbeitslosigkeit in den Fabriken auf den Höhepunkt zu treiben. Es wird nicht lange mehr dauern, und die deutsche Mark wird im Auslande einen Tiefstand erreicht haben, der uns zum Bankrott treibt. Denn wenn auch vielleicht damit zu rechnen ist, daß wir eine größere Goldanleihe an verschiedenen Stellen des Auslandes eingehen können, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß wir, neben unseren laufenden Verpflichtungen aus den täglichen wirtschaftlichen Bedürfnissen des Reichs heraus, die großen Lasten abzudecken haben, die uns der Friedensvertrag auferlegt. Woher sollen diese Milliarden gewonnen werden, wenn keine Waren zum Export bereit gestellt werden können, und womit sollen sie bei Fälligkeit zurückgezahlt, womit sollen die halbjährlichen fälligen Anleihezinssummen dem Auslande gegenüber beglichen werden? Die deutsche Industrie hat unseres Erachtens immer noch nicht

begriffen, um was es sich für sie handelt. Vor dem Kriege, in den Zeiten großer Konjunktur, in denen Deutschland noch in der Lage war, durch die Verdienste der Handelschiffahrt, durch seinen großen Export, durch Zwischengewinne

Eine Niederlage der Unabhängigen.

S. Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:
Wenn die kämpflustigen Unabhängigen mit dem Kraftvoll rüchichtslosen Reichswehrminister Roske in der Nationalversammlung zusammenstoßen, dann gibt es einen bösen Klang. Die scharfen Worte fliegen hin und her und das Endergebnis pflegt für die Unabhängige Sozialdemokratie nicht sehr angenehm zu sein. Aber sie können es trotzdem nicht lassen, mit dem verhassten Gegner anzubinden, dessen bloßes Erscheinen auf sie wirkt wie das rote Tuch auf den Stier. Friedlich und still begann die Samstags-Sitzung mit der schnellen Erhebung des Gesetzentwurfes über die Zahlung der Zölle in Gold und über den Absatz von Kalifalzen. Die beiden Gesetzesentwürfe über die Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, und von Reichsbeamten, die infolge der Umgestaltung des Staatswesens das Verbleiben im Amte nicht mit ihrer politischen Gesinnung in Einklang bringen können, wurden nach kurzer Erörterung an den Haushaltsausschuß überwiesen. Das gleiche sollte mit den Gesetzesentwürfen über die Entschädigung der infolge der Verminderung der Wehrmacht aus dem Heere, der Marine und den Schutztruppen ausscheidenden Offiziere, Bediensteten und Kapitulanten geschehen. Sichtlich und ohne die geringste Herausforderung hatte der preussische Kriegsminister die beiden Vorlagen als dringlich und eilig begründet. Die Unabhängigen aber empfanden es offenbar als eine Herausforderung, daß er der ruhmvollen Leistungen unserer Truppen an den Fronten, auf der See und in der Luft in Dankbarkeit unter dem lebhaften Beifall der bürgerlichen Parteien gedachte, die sich auch ihrerseits beileben, bei der Auflösung unserer tapferen Wehrmacht dieser die gebührende Dankeschuld abzutragen. Das war nicht nach dem Sinn des Leipziger Unabhängigen Segers, der verächtlich von den Kriegstaten als von Massenmorden sprach und giftig bemerkte, die zukünftigen Aufgaben der Truppen würden wohl darin bestehen, wieder gegen das eigene Volk vorzugehen. Er wertete gegen den Militarismus, der heute der gleiche sei wie früher. Die Unabhängigen begleiteten diese Tiraden mit lauter Zustimmung, während das übrige Haus darüber lachte. Reichswehrminister Roske nahm in der ihm eigenen energischen Weise den ihm hingeworfenen Selbstbeschuldigung auf und spendete lebhaft Anerkennung den Truppen, die durch ihre Leistungen in den ersten Monaten Deutschland vor dem Chaos gerettet haben. Er ging dann seinerseits zu scharfen Angriffen gegen den Abgeordneten Segers und dessen Freunde über, die er für die niederträchtige Schandwirtschaft in Leipzig direkt verantwortlich machte, worauf ihm der Präsident eine Klage in aller Form erteilte. Hier, wie auch bei den anderen Kraftstellen der Roskeschen Rede vollführten die Unabhängigen einen Karm, der deutlich von einer ungeheuren Augenkrampf Zeugnis ablegte und im Verein mit den donnernden Beifallsstundgebungen des übrigen Hauses Roskes Rede wiederholt auf längere Zeit unterbrach. Nach einer recht schwachen Erweiterung Segers, der sich einen Ordnungsruf holte, weil er Roske Verleumdungen der Unabhängigen vorwarf, wurden auch diese beiden Vorlagen dem Haushaltsausschuß vorgelegt. Zuletzt gelangte noch der Entwurf eines Reichsbedienstetengesetzes und einer kleinen Reichslandordnung zur Annahme. Am Montag wird die zweite Beratung der Reichsverfassung fortgesetzt.

Der Welt-Protest-Generalfreist.

In Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 19. Juli. Der Parteivorstand der Unabhängigen, der bisher lediglich zur Teilnahme an der Demonstration des internationalen Proletariats am 21. Juli aufgefordert, die ausdrückliche Erklärung eines Demonstrationsstreikes oder Vermieden hat, befindet sich nach einer Meldung der „N. Z.“ für Montag allgemeine Arbeitssuche. Er rief die Arbeiter, Angehörigen und Beamten zu großen Versammlungen unter freiem Himmel um 12 Uhr mittags auf, während der Parteivorstand der Mehrheitssozialisten Versammlungen in geschlossenen Räumen um 5 Uhr nachmittags, also nach Arbeitschluss, veranstaltete. Wie von berufener Seite verlautet, werden auf Grund des Belagerungszustandes Versammlungen unter freiem Himmel im Reichsbild der Stadt Berlin nicht gestattet. Es ist also damit zu rechnen, daß Versammlungen der Unabhängigen verboten werden. Was die Arbeitssuche anbelangt, so ist festzustellen, daß die Lage zur Stunde noch nicht geklärt ist. Ein Teil der Arbeitssuche, der politisch zu den Unabhängigen gehört, ist geneigt, die Parole des Streikes zu betonen. Die mehrheitssozialistischen Arbeiter, Angestellten und Beamten lehnen gemäß der Parole ihrer Partei den Streik ab. Ein Generalfreist wird es auf keinen Fall werden. Vom Ma-

im Kommissionshandel nach dem Auslande hin und durch Zinseneingänge aus dem Auslande mehr Guthaben im Auslande zu haben, als es für die Einfuhr notwendiger Waren bedurfte, liefen die Interessen von Industrie und Handel

günstig Berlin hört das obige Blatt, daß sich die Arbeiter der Stadt Elektrikalis- und Gaswerke bisher weder für, noch gegen den Streik ausgesprochen haben. Wie verlautet, wird eine Abstimmung stattfinden. Genaue Umgefahr ist die Lage bei den Verkehrgesellschaften. Von der Direktion der Straßenbahnen ist den Angestellten vorgeschlagen worden, ein Kommando in der Weise zu schließen, daß eine Stunde (zwischen 12 und 14 Uhr mittags) sämtliche Straßenbahnen anhalten und stillstehen. Das könnte als Demonstration genügen. Ob sich das Personal auf dieses Kommando einigen wird, bleibt ungewiss. Die Buchdrucker werden wahrscheinlich nicht streiken, so daß das Erscheinen der Zeitungen keine Unterbrechung erleidet.

h. Berlin, 19. Juli. (Ein. Drahtbericht.) Der Reichsminister Roske sieht sich zu bewegen, sämtliche kommunalen Betriebe am Montagsruhe zu lassen, einschließlich des Gaswerks, und zwar für die Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, da der Verband der Gemeindearbeiter die Arbeitseinstellung beschließen hat, daeren werden die Eisenbahner nicht streiken. Auch der Verkehr auf der Berliner Stadt- und Vorortbahn soll keine Unterbrechung erleiden.

X. Stuttgart, 19. Juli. (Von unserem Korrespondent.) Auch in Stuttgart wollen die Unabhängigen am 21. Juli demonstrieren.

Die Berliner Kommunisten streiken.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 19. Juli. An der heutigen Sitzung der unabhängigen kommunalen Arbeitervereine wurde beschlossen, am Montagsruhe in allen Betrieben, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, durch Streik zu demonstrieren. Daraus herabführend die Arbeitervereine der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Demokratischen Vereinigung einen Entschluß, in dem es u. a. heißt: Da jede Stunde Arbeitsruhe den notwendigen Ausbau des wirtschaftlichen Lebens verlangsamt, empfehlen wir, von einer Arbeitsruhe abzulassen.

Schiffersfreist.

(Eigener Drahtbericht.)
Stettin, 19. Juli. (Wolff.) Seit Dienstag befinden sich die Privatdampfer im Verkehr Stettin-Berlin im Auslande. Es handelt sich um etwa 500 Schiffe, die hier im Hafen liegen. Die Schiffer haben die Fortsetzung des Streiks auch nach Aufhebung des Generalstreiks beschlossen. Gehört werden auf dem Wege Berlin-Stettin für den 20. Juli 9 Uhr für den Zeitraum und nach 8 Uhr. Die Schiffer haben Kommissionen gebildet, die die Verhandlungen mit den Vertretern annehmen sollen.

München streikt nicht.

(Drahtmeldung unseres Münchner Korrespondent.)
München, 19. Juli. Auch in München wird am Montagsruhe kein Streik stattfinden. Die bayerische Unabhängige Sozialdemokratische Partei fordert die Arbeiterkraft auf, sich nicht an den Streikdemonstration gegen den Generalstreik an beteiligen, sondern sich auf die üblichen Bezirksversammlungen während der Woche zu beschränken. Auch die Mehrheitssozialisten lehnen Demonstrationen und Versammlungen am Montags ab.

Im Auslande.

Nach einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau hat der Allgemeine Verwaltungsrat in Paris beschlossen, den für den 21. Juli geplanten allgemeinen Ausstand abzulehnen.

Der Zentralrat des italienischen Eisenbahnerbundes hat beschlossen, die Entscheidung über den Streik eine Teilnahme an dem Generalstreik den Vertrauensleuten der Ortsverbände zu überlassen. Die bürokratische Presse sieht in diesen Bemühungen eine Verleugnung des Streikgedankens der Eisenbahner.

In Odra beschloß die Versammlung der Arbeitervereine, nach dem Vorhaben der Parteileitung, am 21. Juli keine Arbeitssuche einzutreten zu lassen, daeren am Sonntag eine Kundgebungsdemonstration abzuhalten.

Seemannstreik in Ostende.

Ostende, 19. Juli. (Sabas.) Die Seelen sind wegen Lohnforderungen in den Generalstreik einetreten.

Die englische Regierung und die Bergarbeiter.

London, 18. Juli. (Unterhaus. Reuter.) Von Law machte von der neuen Regierung des Bergarbeiterverbandes, das Angebot der Regierung anzunehmen. Mitteilung. Er erklärte, die Erhöhung des Kohlenpreises um 6 Schilling werde am 21. Juli in Kraft treten. Die Regierung schloß die Möglichkeit weiterer Verhandlungen nicht aus. Dies andere jedoch an der Tatsache nichts, daß jede Verzögerung der Gleichstellung des Kohlenpreises mit den Erzeugnispreisen verhängnisvoll sein werde.

Ein bolschewistisches Komplott entdeckt.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Basel, 19. Juli. Nach dem Rumänischen Konsulatsbericht entdeckte die Bukarester Sicherheitsbehörde ein bolschewistisches Komplott für die Ausruhmung der Räterepublik in Rumänien.

Wegen Gemitterbrüngen ist ein Teil unserer Ferngespräche ausgeblieben.

im wesentlichen parallel. Das ist jetzt ganz anders geworden. Die Industrie hat heute in ihren Hauptzweigen, mit ihr aber auch die ganze Allgemeinheit, im Wesentlichen nur ein Interesse, neben ausgiebiger Kohlenproduktion im Inlande und Wiederherstellung normalen Verkehrs, im weitesten Maße mit Rohstoffen versorgt zu werden. Der Handel muß einsehen, daß er letzten Endes dasselbe Interesse hat. Gewiß kann er in den nächsten Monaten große Geschäfte in der Einfuhr machen. Ueber kurz oder lang hört auch für ihn die Möglichkeit auf und zwar in dem Augenblick, in dem durch das Fehlen von Export von Deutschland nach dem Auslande ihm Zahlungsmittel nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können. Dazu kommt, daß unsere Ausfuhr nach dem Auslande ohnehin fast unterbunden ist und auch für die Folge sicher sehr erschwert bleiben wird, hat sich doch Amerika industriell im Kriege sehr vergrößert, tritt neuerdings doch Japan stark auf den Plan und ist doch England, wie man weiß, ebenfalls mit Rücksicht auf teilweise Arbeitslosigkeit in seinen Betrieben gezwungen, mit allen Mitteln die Ausfuhr stärker als in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege zu fördern. Die Planwirtschaft, die Wiffell und von Möllendorf für Deutschland beabsichtigen, ist gewiß in vielen Teilen ansehbar, sie ging aber von dem richtigen Grundgedanken aus, daß vor allen Dingen der Schutz der Industrie und damit der deutschen Arbeiterkraft notwendig sei. Das ist bisher von vielen Kreisen nicht verstanden worden; unverständlich ist aber, daß die Führer der Sozialdemokratie ihren Vertrauensmann in wirtschaftlichen Dingen geben lassen, ohne sich zu sagen, daß in wenigen Monaten viel frassere Organisationen wieder Platz greifen müssen, wenn es nicht dann schon überhaupt zu spät ist. Ueber den Besten werden wir durch die offene Tore bereits heute mit Fertigfabrikaten oft ganz überflüssiger Art überschwemmt. Unsere Baulin im Auslande fällt bereits wieder zusehends. Die Entente tut alles, um die Ueberzeugung des deutschen Marktes mit ihren Produkten zu fördern, und das einzige Land, das außer Belgien Interesse am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft haben dürfte, Frankreich, kann uns einerseits mit Rohstoffen nicht versorgen und ist andererseits gegenüber seinen mächtigen Vertragsfreunden wirtschaftlich zu machtlos, um diesen Stroh in das Herz des deutschen Wirtschaftslebens abzuwehren. Wir sind überzeugt, daß, wenn die deutschen Unternehmer und Arbeiter die Lage, in die sie durch die unbeschränkte Betätigung des Einfuhrhandels gebracht werden müssen, begriffen haben, sie unbedingt nach Maßnahmen rufen werden, die der freien Wirtschaft des Handels für die nächsten 18-20 Monate endgültig Einhalt gebieten.

Der neue Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat den Grundgedanken aufgestellt, daß zunächst die deutsche Arbeiterkraft besser ernährt werden müsse, um wieder arbeiten zu können; der Grundgedanke ist richtig. Mit dieser besseren Versorgung durch Lebensmittel muß aber gleichzeitig Hand in Hand die Rohstoffversorgung sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie treten, damit überhaupt gearbeitet werden kann. Sonst werden in Kürze, wenigstens auf großen Gebieten unseres Erwerbslebens, die Betriebe zum Stillstand kommen. Noch ist es vielleicht Zeit, an den systematischen Aufbau der deutschen Industrie heranzutreten. Der Reichsverband der deutschen Industrie wird berufen sein, dieser Frage sein allergrößtes Interesse zuzuwenden, da sie um wichtiger zu sein scheint, als manche anderen Dinge, die heute in der Öffentlichkeit so lebhaft besprochen werden. Gewiß darf der Gedanke des Schutzes der deutschen produktiven Stände nicht dazu führen, bürokratisch und schematisch alles über einen Leisten organisieren zu wollen; in dieser Beziehung war die Wiffell-Möllendorfsche Planwirtschaft zu weitgehend. Der ihr mit zugrunde liegende Gedanke aber, Selbstverwaltungskörper zum Zwecke der Durchführung einer Kontrolle des Handels zu schaffen, war richtig, und muß in die Tat umgesetzt werden. Es wird so viel von einem Reichswirtschaftsrat und von zukünftigen anderen wirtschaftlichen Zentralorganisationen zur Beratung über wichtige wirtschaftliche Fragen gesprochen. Hier ist ein Thema, das vor der breiten Öffentlichkeit, losgelöst von aller Parteipolitik, erörtert und klargestellt werden muß. Ob die Sozialdemokratie die Männer hat, die die Führung zu übernehmen vermögen, ist nach dem, was wir bisher in wirtschaftlichen Dingen seit den Tagen der Revolution von ihr gesehen und gehört haben, zweifelhaft. Es handelt sich aber um eine Existenzfrage der deutschen Industrie, über die jeder einzelne Deutsche nachdenken sollte, da mit einer Lösung nach der einen oder anderen Seite Deutschlands wirtschaftliche und politische Fortexistenz verknüpft ist. Konsequenz muß, wenn den Bedürfnissen der Industrie durch richtige Maßnahmen der Regierung Sorge getragen wird, bei der neuen Regierung aber auch der Mut vorhanden sein, dem blinden Streiftaumel und der Arbeitslosigkeit eines großen Teiles des deutschen Volkes ein Ende zu machen und allen Kreisen das Bewußtsein einzupflanzen, daß nur die intensive Arbeit uns vor dem Untergang retten kann. Ob die deutsche Regierung diesen Mut finden wird?

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten und Pyramide.

Der demokratische Parteitag

Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gedruckt: Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei wurde am Samstag im großen Saal der Philharmonie in Berlin unter sehr starker Beteiligung aus dem ganzen Reich eröffnet.

Nach der Wahl des Büros folgten die ersten Vorträge der Herren Ruyfste über die Geschäftsführung der Parteileitung und des Hamburger Senators Dr. Peterien über die Haltung der Fraktion der Nationalversammlung.

Auf dem Weg zum Einheitsstaat

Die Frage: Bundesstaat oder Einheitsstaat? ist nach dem Zusammenbruch des alten Reiches wieder akut geworden. Sie war Gegenstand langwieriger und schwieriger Verhandlungen im Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung.

Auch während der Wahlbewegungen im Januar hat die Frage eine große Rolle gespielt, freilich ohne daß man eine grundsätzliche Klärung herbeigeführt hätte.

Aber, mit ihrem heiligen Wetzstein, mit Unerbittlichkeit vollbringt die Not an eine in Tage, was kaum Jahrhunderten gelingt!

Erfüllung der uns aufgewungenen Friedensbedingungen weitere gewaltige Lasten mit sich bringen wird. Die Reichsregierung ist im Recht, wenn sie meint, daß nur eine radikale Neuordnung des gesamten Reichsfinanzwesens Rettung bringen kann.

Die bundesstaatlichen Finanzminister haben das natürlich sofort erkannt und als getreue Sachwalter des föderalistischen Prinzips dagegen opponiert. Das war nicht anders zu erwarten, aber die Frage ist die: Was soll geschehen, wenn man sich nicht auf den Boden des Vorschlags der Reichsregierung stellen will?

Darum schiene es uns politisch klüger, das Unvermeidliche in Kauf zu nehmen. Und dafür zu sorgen, daß den „Kändern“ — die in Wirklichkeit nichts anderes mehr sind als Reichsprovinzen — auch im künftigen Rahmen wenigstens auf kulturellem Gebiet ein Stück jener Eigenart gewahrt bleibt, die auf unser deutsches Geistesleben so befruchtend wirkte und es so reich und vielfältig machte.

Man mag die unter dem mächtigen Druck der schweren wirtschaftlichen Not vor sich gehende Entwicklung zum Einheitsstaat bedauern, aufhalten wird sie niemand können.

Die falsche Rechnung

Weit mehr vielleicht noch als auf geistigem und kulturellem Gebiete, auf dem der Weltanschauungen und Weltanschauungen abt ist eine gewisse Vertiefung an den naturnotwendig bedingten Lauf eines Reichslebens im Rahmen der Gesamtentwicklung.

Man sollte nun meinen, wir würden endlich erwachen aus diesem Halbstaat weltvolklicher Zerkerten, falscher Unklarheiten und überhebenden Größenwahns.

Die Sache liegt so: allmählich läßt sich ein Ueberblick über den Stand der Reichsfinanzangelegenheiten gewinnen. Daß er geradezu trostlos ist, dürfte man schon im Voraus, daß er es bei den sich ständig steigenden Ansprüchen an die Reichskasse von Tag zu Tag mehr wird, ist eine dauerliche Tatsache.

und an ihre Stelle wieder die Monarchie unter dem Revier der Hohenzollern zu setzen. Alle ihre Freunde im Lande fordern sie auf, kraftvoll an diesem Ziele weiterzuarbeiten und am der Zukunft Deutschlands nicht zu verzweifeln.

Man ist zunächst weniger über die Idee, als über die tatsächliche Umkehrung erfaßt, durch die sich diese Partei selbst ins Gesicht schlägt und der politischen Antagonismus ausbleibt in einem Augenblick, da die Auslieferung des Reiches dem Kaiser als aktuelles Ansehen ist.

Die „Sicherungen“ für Frankreich

Verfaßt, 19. Juli. Vor dem Friedensausgang der Kammer behandelte Clemenceau die Frage der militärischen Sicherheiten für Frankreich am linken Rheinufer und erklärte, Marcial Poch habe vorgeschlagen, Brückenköpfe am Rhein zu errichten, die von den Untertruppen gehalten werden sollen.

Die beiden letzteren Mitteilungen bringt der „Matin“ im Anschluß an den amtlichen Bericht über die Sitzung, aber mit einer Bemerkung von etwa 10 Zeilen, und berichtet, zum Schluß seien der Abg. Marin und Clemenceau hart zusammengestoßen, weil Clemenceau auf verschiedene Fragen militärischer und finanzieller Art nicht habe antworten wollen.

Clemenceau habe erklärt: „Ich habe mich mit allen Ihren Kollegen, die zu mir gekommen sind, in meinem Kabinett unterhalten. Ich habe ihnen nichts verheimlicht. Als Chef der Regierung habe ich nach der Verfassung die Pflicht, Verträge abzuschließen und sie im Parlament zu vertreten.“

Zur Entsendung von Zivilarbeitern nach Nordfrankreich

Berlin, 19. Juli. Ein enger Einbernehmen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden wird nach der „All. An.“ ein Verzeichnis ausgearbeitet werden, der den deutschen Arbeitern, die nach Nordfrankreich gehen wollen, eine gewisse Arbeitsbedingung anzuweisen, an demselben Entlohnung und anzuwenden Sankt ihrer persönlichen Sicherheit amobeleitet.

Zur Auslieferung des Kaisers

Bern, 19. Juli. (Wolff.) Laut „Chicaco Tribune“ haben sich die Amerikaner, Spanier und Italiener offen gegen die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers ausgesprochen, nur den Franzosen scheint noch daran zu liegen.

Amsterdam, 19. Juli. Der Korrespondent des „Algemeenen Handelsblad“ in Amsterdam erklärt aus alter Quelle, daß der frühere Kaiser zwar sehr nervös sei, daß aber von einer ernstlichen Verberantrachtung nicht die Rede sein könne.

Amerikanische Kontrolle des Weizenmehls

Amsterdam, 19. Juli. Präsident Wilson hat, wie das Pressebüro Radio aus Washington meldet, die gesamte Weizenkontrolle an Varnes übertragen. Varnes wird die Ausfuhr von Weizenmehl durch ein System von Lizenzen regeln und auch das Vermahlen des Weizens übernehmen.

Aufhebung der Blockade gegen Rußland

Paris, 19. Juli. (Na. Centrale.) Der Kabinetrat beschloß als Folge der Verhandlungen der deutschen

Blockade die Aufhebung der Blockade gegen Rußland, ab auch für bolschewistische Gebiete, steht noch nicht fest.

Miktrauensvotum für die französische Regierung

Paris, 19. Juli. (Na. Sabos.) Die Kammer hat bei Behandlung der Interpellation wegen der Teuerungen mit 227 gegen 213 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, an dem die Vertrauenspolitik der Regierung tadelte.

Deutsche Nationalversammlung

W. Weimar, 19. Juli. Eröffnung der Sitzung um 9.45 Uhr. Zunächst folgte die Beratung des Gesetzes über die Zahlung der Zölle in Gold.

Das Gesetz verlangt, wie bereits kürzlich gemeldet, wegen des geringen Wertes des Papiergeldes die Begleichung der Zölle in vollwertigen Zahlungsmitteln, um der Entwertung der Reichsmarkführung zu begegnen.

Der Entwurf über ein Gesetz von Kalliseje von dem 20. Mai 1919 und seine Änderungsstücke, sowie Änderungen des Gesetzes über die Regelung der Malwirtschaft vom 24. April 1919 wird mit einem Kompromißantrag (Sachl., Sebold-Gröber (Str.) in allen drei Lesungen angenommen.

Die „Sicherungen“ für Frankreich

Verfaßt, 19. Juli. Vor dem Friedensausgang der Kammer behandelte Clemenceau die Frage der militärischen Sicherheiten für Frankreich am linken Rheinufer und erklärte, Marcial Poch habe vorgeschlagen, Brückenköpfe am Rhein zu errichten, die von den Untertruppen gehalten werden sollen.

Die beiden letzteren Mitteilungen bringt der „Matin“ im Anschluß an den amtlichen Bericht über die Sitzung, aber mit einer Bemerkung von etwa 10 Zeilen, und berichtet, zum Schluß seien der Abg. Marin und Clemenceau hart zusammengestoßen, weil Clemenceau auf verschiedene Fragen militärischer und finanzieller Art nicht habe antworten wollen.

Clemenceau habe erklärt: „Ich habe mich mit allen Ihren Kollegen, die zu mir gekommen sind, in meinem Kabinett unterhalten. Ich habe ihnen nichts verheimlicht. Als Chef der Regierung habe ich nach der Verfassung die Pflicht, Verträge abzuschließen und sie im Parlament zu vertreten.“

Reichswehrminister Kossel: Ich will nur feststellen, daß über die Entwürfe Erwägungen mit den beteiligten Staaten stattgefunden haben.

Abg. Seeger (U. S.): Auffallend ist, daß die Beratungen so mit einem Loblied auf den Massenmord enden sollen.

Reichswehrminister Kossel: In den letzten Monaten hatten die Truppen Deutschland vor dem Chaos zu bewahren.

Präsident Scheunert: Herr Weizenmehl, es geht nicht an, daß einem Mitgliede des Hauses Schamwacht vorzuerzählen wird.

Abg. Seeger (U. S.): Wenn der Weizenmehl von Verhörung redet, so wiederholt er nur die Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

Abg. Seeger (U. S.): Wenn der Weizenmehl von Verhörung redet, so wiederholt er nur die Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

Abg. Seeger (U. S.): Wenn der Weizenmehl von Verhörung redet, so wiederholt er nur die Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

Abg. Seeger (U. S.): Wenn der Weizenmehl von Verhörung redet, so wiederholt er nur die Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

Abg. Seeger (U. S.): Wenn der Weizenmehl von Verhörung redet, so wiederholt er nur die Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

Abg. Seeger (U. S.): Wenn der Weizenmehl von Verhörung redet, so wiederholt er nur die Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

Abg. Seeger (U. S.): Wenn der Weizenmehl von Verhörung redet, so wiederholt er nur die Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

Abg. Seeger (U. S.): Wenn der Weizenmehl von Verhörung redet, so wiederholt er nur die Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

nächsten Montag zur Kursabdrückung. Deutscher Reichs-ungarische Werte war vollkommen vernachlässigt.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for date (18. Juli 19, 19. Juli) and various stock prices including Deutsche Reichsbank, Reichsanleihe, and various industrial stocks.

Deutschemarkt. Telegraphische Anzeigen für:

Table showing telegraphic exchange rates for various countries like Holland, Dänemark, Schweden, etc.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 19. Juli. Die Börse befand sich am Wochenende eine ruhige Haltung bei behaupteten Kursen. Montanpapiere stellten sich bei geringerer Liquidität ziemlich unverändert.

sich der erste Kurs von 84 1/2 nicht behaupten, sondern bröckelte bis 83,50 ab. Schanzennotierungen konnten sich gut behaupten. Hypothekendarlehen sind etwas besser.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for date (18. Juli 19, 19. Juli) and various stock prices including Deutsche Reichsbank, Reichsanleihe, and various industrial stocks.

Süddeutsche Waren- und Produkteneumärkte.

H. Mannheim, 19. Juli.

Getreide. Vom Lande laufen die Nachrichten nunmehr, nachdem trockenes Wetter eingezogen ist, wesentlich besser und die Ernteausbeute aller Feldfrüchte schreitet gut vorwärts.

An der Südbahn ist die Materie im Ganzen doch acten die ersten Andenungen sehr nasse Verhältnisse.

Am Sonntag ist es nach wie vor ziemlich still, da sich die Interessenten zurückhalten aufzulegen, so auch für alte Erbsenlieferungen.

Ein harter Preisrückgang zeigt sich in Dörfern, die in arden Menen annehmen sind, während die Käufer nur spärlich am Markt sind.

Mannheim. In Lupinen sowie in Geradella kamen bei weichen Preisen einige Abschlüsse zustande.

Nur den überseeischen Getreidehandel aciat sich jetzt, nachdem die Blockade aufgehoben ist, mehr Interesse, doch kann wie die bereits erfolgten Anschaffungen von Weizen und Mehl durch die Regierung aciat haben.

Am Obstmärkte hat sich die Situation nicht geändert. Die Ausfuhren für Stein- und für Beerensäfte werden, abgesehen von einigen Geenden, von Daheimlicher Schanden ausgeht.

Tabak. Die jamaican Pflanzen haben unter der Unruhm der kalten, nassen Witterung etwas gelitten, doch werden noch keine ernstlichen Schäden gemeldet.

Rheinischfabrik. Infolge der starken Niederschläge hat der Wasserstand des Rheins ein weiteres Steigen zu berechnen.

URIN-Untersuchungen. Laboratorium für Klinische Diagnostik. Dr. Lindner, Kaiserstraße 80.

Golz. In der Berichtswode aciat sich starke Nachfrage nach Klokholz, das zu hohen Preisen aus dem Markt genommen wurde.

Kohlen. Am Bericht von Brennstoffen war in der letzten Zeit eine gewisse Regelmäßigkeit zu erkennen, doch hatten sich die Zufuhren immer noch in engen Grenzen, so daß der Bedarf bei weitem nicht voll aufgedeckt werden kann.

Kein amerikanisch-deutsches Geldgeschäft? Ein New Yorker Blättermeldung, daß die Deutsche Bank im Namen der deutschen Regierung in Amerika über ein großes Darlehen unterhandelt.

Briefkasten.

Frage werden nur beantwortet, wenn die Annoncenentgeltung beigefügt ist. Briefliche Antwort gewünscht, auch Rückantwort.

M. G. Nach Artikel 3 des Einkommensteuergesetzes dürfen am Einkommen die zu dessen Erwerb und Erhaltung zu leistenden Auslagen, die auf dem Einkommen ruhenden dauernden Privatverpflichtungen und öffentlichen rechtlichen Lasten (mit Ausnahme der Vermögens- und Einkommensteuer) und der sich unmittelbar daran knüpfenden Abgaben für Gemeinwesen (Kirchen usw.) sowie die Schuldzinsen abgezogen werden.

Sabot Kopfwaschpulver. Überall erhältlich.

URIN-Untersuchungen. Laboratorium für Klinische Diagnostik. Dr. Lindner, Kaiserstraße 80.

Advertisement for Blusenhaus Weiss. 'Diese Annonce interessiert jede Dame!' 'Ich verkaufe zu sehr billigen Preisen: Hochelegante Wasch-Blusen nur neue Formen, viele mit echten Spitzen und Handstickerei. Sehr fesche seidene Blusen, feine Untertailen. Moderne Wasch-Kleider, seidene Schlafanzüge, moderne seidene Jacken etc. etc.' Includes address: Kaiserstraße 221, Telephone 3954, Verkauf nur eine Treppe hoch.